

Herborner Tageblatt.



Organ für den Dillkreis und den Westerwald.

Druck und Verlag der J. M. Beck'schen Buchdruckerei, Otto Beck, Herborn.

Für die Redaktion verantwortlich: Otto Beck.

Fernsprech-Anschluß Nr. 20.

Erscheint an jedem Wochentage abends. Bezugspreis: Vierteljährlich ohne Botenlohn 1.40 M.

Anzeigen kosten die kleine Zeile 15 Pfennig. — Reklamen die Zeile 40 Pfennig.

Geschäftsstelle: Kaiserstraße 7.

Nr. 101.

Freitag, den 1. Mai 1914.

71. Jahrgang.

Entspannung der internationalen Lage.

Rede des österreichischen Thronfolgers.

Budapest, 29. April.

In Vertretung des Kaisers Franz Josef wurden heute die Delegationen von dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand mit einer Thronrede eröffnet, die auf einen ersichtlich friedlichen Ton abgestimmt ist, und in der der Erzherzog u. a. betont:

Seit der letzten Delegationstagung hat die internationale Lage eine weitere wesentliche Entspannung erfahren. In engerer Fühlungnahme mit den Bundesstaaten ist die Regierung bestrebt, durch Pflege möglichst vertrauensvoller Beziehungen zu allen Kabinetten auf Erhaltung und Befestigung des Friedens Europas hinzuwirken. Die Thronbesteigung des Fürsten von Albanien bietet eine Gewähr für die gedeihliche Entwicklung des neuen Fürstentums. Die besten Wünsche des Kaisers begleiten den erlauchten Herrscher in seiner friedlichen Kulturarbeit, das Erfordernis der Presseverwaltung bewegt sich in normalen Grenzen. Angesichts der raschen Fortschritte in der Entwicklung der Flotten aller Mächte ist die Anforderung eines größeren Betrages für die weitere Ausgestaltung der Kriegsmarine unvermeidlich geworden.

Der Erzherzog schloß: „Durch Inangriffnahme des Baues der bosnisch-herzegowinischen Bahnen wird den zwischen strategischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung getragen.“ In einem privaten Gespräch erklärte der Thronfolger noch, daß das Unwohlsein des Kaisers gehoben und sein Befinden durchaus befriedigend sei.

ist es von Interesse, was Staatssekretär v. Jagow heute in der Budgetkommission des Reichstags sagte.

Hinsichtlich der Zukunft Mexikos erwiderte der Staatssekretär auf verschiedene Anfragen, daß nach den Erklärungen des Präsidenten Wilson nichts gegen die Unabhängigkeit des Landes unternommen werden solle. Die Haltung Deutschlands müsse neutral sein. Auch andere europäische Mächte hielten sich von jeder Einmischung fern.

Gegenüber den Wünschen nach einer Verstärkung der deutschen Seestreitkräfte in den mexikanischen Gewässern erklärte der Staatssekretär, eine solche Maßnahme erscheine zurzeit nicht erforderlich, da das freundschaftliche Zusammenwirken der Kriegsschiffe der verschiedenen Mächte den erforderlichen Fremdenschutz sichere. Es befinden sich jetzt dort zwei kleine Kreuzer und zwar „Nürnberg“ an der Westküste und „Dresden“ an der Ostküste.

furchtbares Grubenunglück in Amerika.

266 Bergleute verschüttet.

Newyork, 29. April.

Durch eine Schlawetterexplosion in zwei Schächten der Newrivisgrube in Eccles (Westvirginien) sind 266 Bergleute verschüttet worden. Vier tote und 59 Schwerverletzte wurden bereits geborgen. Ein tieferes Eindringen in die brennenden Schächte ist unmöglich. Die Katastrophe fand 600 Fuß unter der Erdoberfläche statt. Man hat alle Hoffnung, die übrigen 203 Arbeiter retten zu können, aufgegeben. Die Verletzten sind fast ausnahmslos so schwer verbrannt, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird.

Kalinot.

Über den dem Reichstage heute zugewandenen Entwurf zur Änderung der Kalifgesetzgebung wird uns von einem Sachverständigen geschrieben:

Die Hoffnungen, die sich an das Kalifgesetz vom Jahre 1910 knüpften, haben sich nur teilweise erfüllt. Das Gesetz sollte zwei Aufgaben erfüllen: Die Verschleuderung des Kalis nach Amerika verhindern und dem zügellosen Wettbewerb innerhalb der Kaliindustrie Einhalt gebieten. Während es die erste Aufgabe restlos löste, hat es hinsichtlich der zweiten Aufgabe nicht nur versagt, sondern sogar selbst alle die Folgen zeitig, die schließlich geradezu eine Kalikrise gebracht haben. Eine an sich gesunde und hoffnungsvolle Bergbauindustrie, gestützt durch die Monopolstellung Deutschlands in dem Naturprodukt Kali, ist allmählich in eine Lage geraten, aus der sie trotz aller Anstrengungen sich selbst offenbar nicht mehr herausarbeiten kann, so daß von neuem die Klünge der Gesetzgebung in Bewegung gesetzt werden muß, um ihr zu helfen.

Der dem Reichstage jetzt vorliegende Änderungsentwurf scheint der Kaliindustrie, so heißt es wenigstens in den beteiligten Kreisen, nicht die Erfüllung ihrer Wünsche zu bringen. Wenn auch die Kritik bisher nur an dem vorläufigen Entwurf geübt wurde, so kann nach dem endgültig vorliegenden Entwurf nur gesagt werden: Es wird nicht minder harte Kämpfe um diese Kalinovelle geben, als einstmal um das Gesetz selbst. Hand doch der erste Entwurf eines Kalifgesetzes, der zu Weihnachten des Jahres 1909 veröffentlicht wurde, überhaupt keine Gnade vor den Augen des Reichstags. Und was dann Geset-

wurde, zeigte in seinen Folgen, wie schwer es ist, ein Industriegesetz zu schaffen.

Um zwei Punkte dreht sich alles: Die Werkvermehrung und die Verwendung der Propagandagelder.

Was die Propagandagelder betrifft, so wird gegenwärtig eine Abgabe von 60 Pfennig pro Doppelzentner reines Kali erhoben. Daraus sollen die Ausgaben des Reiches für die aus der Durchführung des Gesetzes entstehenden Kosten gedeckt und der Rest zu Propagandazwecken verwandt werden. Anstatt aber die gesamte Summe voll hierzu zu verwenden, hat der Reichstag die Anlegung eines Reservefonds beschlossen, in dem bereits zu Anfang dieses Jahres rund 7 1/2 Millionen Mark aufgesammelt, also dem eigentlichen Zweck, nämlich der Propaganda, entzogen waren. Trotzdem die Kaliindustrie fortgesetzt forderte, diesen Fonds seiner Zweckbestimmung zuzuführen, bringt die Kalifgesetznovelle jetzt keineswegs die Befüllung dieses Fonds, wohl aber eine Belastung zugunsten der Reichskasse. Die Abgabe wird auf 90 Pfennig pro Doppelzentner erhöht, wovon die Hälfte ganz dem Reiche zufließt; was eine Gewinnbeteiligung des Reiches oder eine Besteuerung der Kaliindustrie darstellt.

Gegen diese Bestimmung wendet sich die Industrie mit der Behauptung, was heute mit dem Kali geschehe, könne morgen Kohle, übermorgen Eisen usw. treffen. Mit der Zucker-, Branntwein-, Bier- usw. Steuer sei diese Abgabe nicht zu vergleichen, denn es lägen ganz andere Voraussetzungen zugrunde.

Nach Bestimmungen zur Beseitigung der Schwierigkeiten aber, die der Kaliindustrie eine Gesundung bringen können, suche man in dem Gesetzentwurf vergebens. Die Verhinderung der — wie man sich in der Industrie ausdrückt — kaninchenartigen Vermehrung der Kaliwerke aber sollte doch die Hauptaufgabe des neuen Gesetzes sein. Dieser Vermehrung sollte schon durch das Gesetz vom Jahre 1910 entgegengewirkt werden. In Wirklichkeit aber habe die Auslegung des Gesetzes die ungeheure Vermehrung herbeigeführt. Beim Inkrafttreten des Gesetzes waren es 70, am 1. Dezember 1912 116, am 1. Januar 1914 160 Werke und in bereits absehbarer Zeit werden es 250 Werke sein. Mit jedem neuen Werk aber sinke trotz der alljährlichen Zunahme des Ablasses der Anteil des einzelnen Werkes. Verschiedene Werke arbeiten heute ohne Gewinn.

Um dieser Werkvermehrung Einhalt zu tun und vor allem, um das neue Gesetz abzuwenden, sind Bestrebungen im Kalisyndikat im Gange zur Stilllegung von Werken, die im Ausbau begriffen sind. Bislang ist dieser Stilllegungsversuch über Verhandlungen aber nicht hinausgekommen, vornehmlich infolge der Haltung verschiedener Bundesstaaten. Das neue Gesetz sieht als Vorbeugungsmittel in der Hauptsache nur eine Verlängerung der Wartezeit für die Erreichung der Vollbeteiligung vor, das heißt, die neuen Werke sollen statt fünf Jahre künftig zehn Jahre brauchen, um allmählich in die volle Beschäftigung hineinzuwachsen.

Doch damit wollen die Industriellen sich nicht zufriedengeben, sie sprechen von einer „Kalinot“, der nicht abgeholfen werde. Auf die Lösung der Aufgabe durch den Reichstag darf man gespannt sein. Auf eine baldige Erledigung der Vorlage ist daher kaum zu rechnen, vielmehr dürfte die eigentliche Entscheidung sich noch einige Zeit hinausziehen.

Gefährdung der Reichsbefoldungsnovelle.

Ein „Nein“ der Regierung.

Berlin, 29. April.

Die Reichsregierung läßt heute abend amtlich folgenlos erklären: Ein hiesiges Blatt bringt die Nachricht, daß über die Novelle zur Reichsbefoldungsordnung gestern zwischen der Regierung und den Parteien des Reichstages „Kompromißverhandlungen“ begonnen hätten. Diese Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen. Der Staatssekretär des Reichsschatzamt hat mit den Führern der verschiedenen Parteien über die weitere geschäftliche Behandlung der Befoldungsnovelle eine Besprechung gehabt, worin er von ihm nicht zweifelhaft gelassen wurde, daß die Regierung ihren bisherigen Standpunkt festhalten muß, und daß daher ein Zustandekommen des Gesetzes nur bei Annahme der Regierungsvorlage möglich ist.

Das Deutsche Reich und Mexiko.

Unbedingte Neutralität.

Berlin, 29. April.

Den Meldungen aus Amerika zur Folge stehen die unbedingten Bewegungen, da die Friedensbemühungen der südamerikanischen Staaten mit Eifer fortgesetzt werden. Diese haben sich auch an die europäischen Großmächte mit dem Ersuchen gewandt, sie zu unterstützen. Demgegenüber

Im Kampfe erstarkt.

Roman von Heinrich Köhler.

(Nachdruck verboten.)

Der junge Baron betrachtete das Bild, er kannte den Mann es darstellte, nur zu gut, und er wußte deshalb auch, wenn es sich hier nicht um einen schändlichen Verrat handelte, daß die Aufzeichnungen diesen Gedanken nicht schenken könnten, die auf der einen Seite Empfindungen ausdrückten, wie sie der Freund gewiß nicht beabsichtigt oder nicht gewollt hatte. Es war ein mehrere Jahre älterer Mann von selten edlen Gaben des Geistes und des Herzens, den er eben deshalb der Dichterin zugeführt. Sie war ein schönes Verhältnis zwischen den dreien gewesen. In dem Moment, als er sich dem Ministerium gewandt, hatte sie ein schönes Verhältnis zwischen den dreien gewesen. In dem Moment, als er sich dem Ministerium gewandt, hatte sie ein schönes Verhältnis zwischen den dreien gewesen. In dem Moment, als er sich dem Ministerium gewandt, hatte sie ein schönes Verhältnis zwischen den dreien gewesen.

das leise wehmütige Lächeln, in dem nichts von Klage, von Bitterkeit mit dem Schicksal lag, gab ihr das Ansehen einer Heiligen.

„Nicht arm“, sagte sie, „es hat dem Herzen zur Läuterung gedient und seinen vollen Strom für meine Dichtungen erschlossen.“

„Aber es bleibt doch nur immer eine halbe Befriedigung“, sagte ihr Bruder beinahe zornig.

„Wo gewährte das Leben eine volle?“

„Hätte er dieses Herz gefasst“, sagte Georg, „er würde es an das seine genommen haben, denn ein edleres konnte er nie finden.“

Eine heiße Röte stieg dem Mädchen ins Gesicht.

„Du glaubst doch nicht, daß ich jemals meine Situation so verkonnt hätte, eine solche vermessene Hoffnung auch nur ganz, ganz leise zu hegen?“

„Vermessen!“ fuhr ihr Bruder auf — „was wäre dabei vermessene?“

Sie legte ihm die kleine Hand auf den Mund.

„Sage nichts weiter — es peinigt mein Gefühl — ich weiß, daß ich kein Recht habe, Wünsche zu hegen, deren Erfüllung in den Himmel trägt.“

„Und doch will ich es sagen, daß du viel zu gering, viel zu heischen von dir denkst — daß du imstande wärest, ein Glück zu geben, so edel, so groß, wie wenige Frauen.“

„Das sagt mein zärtlicher Bruder —“

„Der sich nur durch den Gedanken einigermassen auslösen läßt, daß doch kein Mann dieses Engels vollkommen würdig ist.“ Er lächelte sie auf die Stirn und verließ schnell das Zimmer, um durch seine eigene Nahrung nicht in ihr Herz von neuem die kaum überwundenen Stürme und Ränne zu tragen.

Als Georg wieder in sein eigenes Zimmer getreten war, wurde ihm hier von seinem Diener die Nachricht, daß der alte Baron ihn zu sprechen wünsche. Er folgte dem Geheiß und fand den Vater in seinem Zimmer auf dem Stuhl am Schreibtisch sitzen, von dem er sich beim Eintritt des Sohnes erhob. Es lag, wenn dies überhaupt möglich war, heute eine noch größere Gemessenheit, beinahe etwas Feierliches in dem Wesen des alten Herrn. Die Haltung des Kopfes in der engen hohen Halsbinde hatte etwas beängstigend Steifes, aber sie entsprach vollkommen

der unahmbaren Würde der ganzen Person. Er beantwortete den Gruß des Sohnes mit einer Handbewegung und stützte dann die eine Hand auf den Schreibtisch, während er zwei Finger der andern zwischen die Knöpfe seiner Weste schob.

„Ich habe dich rufen lassen, um mit dir eine wichtige Angelegenheit zu besprechen“, sagte er.

Der junge Baron machte eine verneigende Kopfbewegung, der alte Herr wies auf einen Stuhl.

„Es ist von jeher in unserem Hause Sitte gewesen“, setzte er dann das Gespräch fort, „daß die Väter den Söhnen, wenn die Zeit dazu gekommen, geeignete Gattinnen erwählten. Die destruktive Richtung unserer Zeit, in der nichts Bestand hat, in der die festesten Grundlagen erschüttert werden, in der selbst Fürstenthümer stürzen, hat zwar keine Befürchtung vor den alten geheiligten Traditionen, aber ich gebe mich der Hoffnung hin, daß das Gift eines entarteten Zeitalters in meinem Hause noch nicht Eingang gefunden und du um so eher meinen Intentionen zu entsprechen geneigt sein wirst, als deine eigenen Wünsche damit zusammenzutreffen scheinen.“

Er machte eine Pause, in der er seinen Sohn, wie auf ein zustimmendes Wort seinerseits wartend, anblickte, aber dieser sagte nichts und gab weder ein Zeichen der Zustimmung noch der Opposition von sich.

„Du bist zwar noch jung“, fuhr der alte Herr fort, „und deine Stellung ist noch keine selbständige, andererseits aber läßt das Vermögen unserer Familie die Rücksicht darauf in den Hintergrund treten, und als Hauptgrund kommt in Betracht, daß sich augenblicklich die Gelegenheit zu einer Partie für dich bietet, wie sie so passend und allen Ansprüchen genügend sich nicht leicht wieder finden dürfte.“

„Eine Partie“, sagte sein Sohn, und es klang eine leise Bitterkeit aus der Betonung des letzten Wortes.

„Eh bien?“ machte der alte Herr, ihn mit einem scharfen, forschenden Blick der kalten grauen Augen mustend.

„Ich meine die Komtesse Elisabeth von der Osten“, sagte er dann mit feierlichem Nachdruck.

„Ich glaubte es zu erraten“, antwortete der junge Mann.

„Soviel ich beobachtet habe, ist eine beiderseitige Neigung, jedenfalls Geneigtheit vorhanden. Ich habe bei

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Regierungsvorlage, betr. die Elektrizitätsversorgung Bayerns und den Ausbau der staatlichen Wasserkräfte, besonders der Balmsee-Kraftwerkes, ist nach dreitägiger Debatte von der bayerischen Abgeordnetenversammlung mit großer Mehrheit angenommen worden. Danach soll der bereits bewilligte Kredit von zunächst sechs Millionen Mark für den Bau des Balmsee-Kraftwerkes sowie später die ganze Summe von 17 1/2 Millionen Mark, vom Verkehrsministerium auf das Ministerium des Innern als Wasserbaubehörde übertragen und in das außerordentliche Budget eingestellt werden.

Aber Deutschlands Stellung zur Schiedsgerichtsfrage machte der Ministerialdirektor Dr. Kriege in der Budgetkommission des Reichstages interessante Mitteilungen. Danach steht Deutschland dem Schiedsgerichtsgedanken keineswegs feindlich gegenüber; das ergebe sich einmal daraus, daß es mit England einen allgemeinen Schiedsvertrag geschlossen, auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika einen solchen Vertrag vereinbart habe, der dann allerdings auf amerikanischer Seite am Widerstand des Senats gescheitert sei. Ferner sei in einer Reihe neuer Handelsverträge die Schiedsklausel aufgenommen worden. Auf die Anregung Deutschlands sei auch das Haager Abkommen über die Errichtung eines internationalen Prisenhofs zustande gekommen; auch habe die deutsche Delegation auf der Haager Beiselechtskonferenz die Errichtung eines internationalen Kassationshofs im Haag zur Erörterung gestellt. Endlich seien die wichtigsten Verträge, die wir mit Frankreich über Marokko geschlossen haben, unter die Schiedsklausel gestellt, so daß Streitigkeiten hierüber unter allen Umständen der schiedsrichterlichen Erledigung zugeführt werden müßten. Daß Deutschland allerdings nicht wolle, das sei, einen unklaren Schiedsvertrag abzuschließen, der nur zu weiteren Streitigkeiten führen könne. Aus diesem Grunde habe es einem Weltschiedsvertrag, wie er auf der U. Haager Friedenskonferenz aufgestellt worden sei, nicht zustimmen können.

Oesterreich-Ungarn.

Die Rüstungen zu Wasser und zu Lande werden den Hauptgegenstand der Beratungen der soeben in Budapest zusammengetretenen Delegationen bilden. Das Gesamterfordernis beträgt 536 Millionen Kronen und Sonderkredite in Höhe von 81 Millionen für das Heer und 101 Millionen für die Marine. Der Spezialkredit für die Marine setzt sich zusammen aus den letzten Raten der bereits bewilligten Kredite zur Ausgestaltung der Flotte und der ersten Rate von 45 Millionen des neuen außerordentlichen Erfordernisses von rund 427 Millionen, welches für die nächsten fünf Jahre aufgestellt worden ist. Die Millionen sind hauptsächlich für den Bau und die Ausrüstung von vier Schlachtschiffen mit ungefähr 24 500 Tonnen Gehalt, von sechs Torpedofahrzeugen, zwei Donaumonitoren, für den Ausbau eines Seearsenals und für den Ausbau Sebenicos als Flottenstützpunkt bestimmt. In der Begründung des neuen Marineerfordernisses wird darauf hingewiesen, daß die im nahen Osten eingetretenen Umwälzungen wesentliche maritime Machtverschiebungen im Mittelmeer erwarten lassen. Das vom Ministerium des Äußern vorgelegte Rotbuch enthält 926 diplomatische Aktenstücke aus der Zeit vom 13. August 1912 bis 6. November 1913. Es bietet im wesentlichen nichts Neues. Interessant ist nur der Nachweis, daß die österreichische Politik die rumänischen Forderungen in allen Stadien der Balkankrise sowohl Bulgarien gegenüber, als auch in Petersburg mit Nachdruck unterstützt hat.

Frankreich.

Eine Statistik der Stimmen bei den Wahlen, deren erster Gang soeben vorbei ist, zeigt, daß in ganz Frankreich 4 644 286 Stimmen für die unveränderte Aufrechterhaltung des Gesetzes über den dreijährigen Dienst abgegeben wurden. 612 767 Personen stimmten für das Gesetz mit einigen Änderungen, 2 936 041 bekamen sich als entschiedene Gegner des dreijährigen Dienstes. Rätselhaft oder unbekannt bleibt die Meinung von 133 712 Wählern. Zwischen den Radikalen und Sozialisten wird jetzt eifrig über die Haltung beim zweiten Wahlgang verhandelt. Im Norddepartement sind die beiden Parteien bereits handelseinig geworden. Sie haben einen Bund geschlossen. Der Bewerber, der im ersten Wahlgang weniger Stimmen erhalten hat, tritt zugunsten des anderen zurück, die Partei verpflichtet sich, ihre Stimme auf den allein übrigen bleibenden zu übertragen.

Schweden.

Ein schwedischer Bauernbund ist nach dem Vorbild des deutschen Bundes der Landwirte in der Stadt Skonen, der Hauptprovinz der schwedischen Landwirtschaft, gegründet worden. Der Zweck des Bundes ist, alle Landwirte und diejenigen, die von der Landwirtschaft ihr hauptsächlichliches Auskommen haben, zu vereinigen zur Wahrung der politischen und ökonomischen Interessen der Landwirtschaft sowie, um eine gesunde und glückbringende Entwicklung des Gemeinwehens auf christlicher und nationaler Grundlage zu fördern. Der Bund will ferner die schwedische Landwirtschaft gegen eine übermäßige ausländische Konkurrenz in Schutz nehmen, die Selbständigkeit des Bauernstandes sichern und eine gesunde und zweckmäßige Bewegung zur Schaffung von eigenen Heimstätten

der Lante der Komtesse sondiert und weiß dadurch, daß unserer Werbung kein Refus entgegenzusetzen werden wird. Das wäre auch wohl sowieso nicht zu fürchten gewesen", setzte er stolz hinzu. "Wenngleich ich der Ansicht bin, daß die sogenannten Bernmittlerinnen die besten sind, so soll es mich doch in eurem Interesse freuen, wenn eine gegenseitige Neigung euch diese Verbindung noch begehrenswerter erscheinen läßt. Im übrigen bietet die Komtesse alles, was ich von meiner Schwiegertochter zu beantragen berechtigt bin — Schönheit, Vermögen und eine recht aristokratische Gefinnung. So stünde denn der Werbung, die in den nächsten Tagen von meiner Seite in gebührender Weise erfolgen soll, nichts entgegen."

"Nur nach meiner Zustimmung hast du noch nicht gefragt."

Es klang eine ganz leise Erregung aus dem Ton dieser Worte, und die weiße schöne Männerhand wirkte nervös an den Spitzen des schönen Schnurrbartes.

"Das soll heißen?" fragte der alte Baron scharf.

"Beruhe, du hast ganz recht mit deiner Beobachtung in betreff einer gegenseitigen Neigung, wenigstens kann ich das sagen, soweit es mich betrifft, und eine recht günstige Partie", er betonte das Wort, das ihn vorhin so unangenehm berührt, "dürfte die junge Gräfin allerdings sein. Aber ob sie eine geeignete Frau für mich ist, darüber bin ich noch nicht mit mir ins Reine gekommen."

Fortsetzung folgt.

fordern. Eine wirksame Landesverteidigung steht auch auf dem Programm des Bundes. Mit der Gründung von Ortsvereinen ist sofort begonnen worden.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 29. April. Wie zuverlässig verlautet, beabsichtigt die Regierung nicht, den Reichstag vor Pfingsten zu schließen, sondern ihn wieder bis zum Herbst zu vertagen.

Koburg, 29. April. Auch die Mitglieder des Koburger Landtages haben ebenfalls in Sachen der Ministerkrise eine Eingabe an den Herzog gerichtet, in der sie ein Verbleiben des Staatsministers v. Richter auf seinem Posten wünschen.

Petersburg, 29. April. Die Reichsduma beriet heute einen Gesetzentwurf betreffend eine Vereinfachung der Zollformalitäten bei der Ausfuhr von Waren und gab dem Wunsch Ausdruck, daß der russische Zucker nur aus russischen Säfen und auf russischen Schiffen nach dem Auslande ausgeführt werde.

Hof- und Personalmeldungen.

Der Kaiser wird während der diesjährigen Kaisermander im Schlosse zu Bad Homburg Wohnung nehmen.

Zum 70. Geburtstag des Großadmirals v. Köster am 29. April ist diesem vom Kaiser eine Kabinettsorder zugegangen, in der der Monarch u. a. sagt: "Ich spreche Ihnen zu dem heutigen Tage, an dem Sie Ihren 70. Geburtstag vollenden, meinen herzlichsten Glückwunsch aus. Dabei gedenke ich erneut Ihrer hohen Verdienste um meine Marine in allen Dienststellen, die Sie bekleidet haben, sowie Ihrer opferwilligen und geschickten Leitung des Flottenvereins und verleihe Ihnen als einen weiteren Beweis meiner gnädigen und dankbaren Gefinnung das Kreuz der Großkomture des Königlich Preussischen Ordens der Hohenzollern, dessen Insignien beiliegen."

Deutscher Reichstag.

(24. Sitzung.)

OB. Berlin, 29. April.

Am Bundesratstisch: preussischer Kriegsminister v. Falkenhahn und Ministerialdirektor Prof. Dr. Kirchner. Zur Vertagung steht der

Nachtragsetat für 1914.

Er bringt neben kleineren Ansprüchen für Konsulate die Forderung, das dem Reichschabamt bewilligte Grundstück Viktoriastraße 34 in Berlin der Seeresverwaltung für den Neubau des Militärkabinetts gegen Erstattung der vom Reichschabamt aufzubewehenden Kosten zu übertragen.

Dr. Wahn (Z.) befürwortet eine möglichst debattelose Abergangung der Materie an die Budgetkommission.

Kriegsminister v. Falkenhahn: Die Angelegenheit hat im öffentlichen Leben eine Bedeutung bekommen, die ihr nicht zukommt. Dieser Grundstücksaustausch hat mit Politik nichts zu tun. Er ist eine nüchterne geschäftliche Sache. Nach der Auffassung des Reichschabamts an das Reichschabamt hat sich kein Käufer gefunden. Für jeden Dritten ist das Grundstück zu teuer. Nur nicht für die Seeresverwaltung; wenn sie es mit Genehmigung des Reichstages der Bestimmung zuführen kann, für die es vorbereitet ist. Trotz dieser rein geschäftlichen Seite der Sache ist behauptet worden, sie stelle eine

Beleidigung für den Reichstag

dar. (Sehr richtig! links.) Sie bedeute eine Nachprobe zwischen der Säbelkatur und dem Parlament. (Sehr richtig! links.) Das ist mir unerträglich, nachdem ich hier offen und ehrlich die begangenen Fehler zugegeben und jede Garantie dafür gegeben habe, daß die Seeresverwaltung aus den bitteren Erfahrungen bei diesem Handel Lehren für die Zukunft ziehen wird. Für eine Nachprobe mit dem Reichstag würde sich die Seeresverwaltung schon einen besseren Gegenstand aussuchen als ein Grundstück in einer Nebenstraße von Berlin. (Starke Heiterkeit.) Maßgebend für die Vorlage war der Umstand, daß das Militärkabinett in unzulänglichen Räumen untergebracht ist. Da nun für das Grundstück in der Viktoriastraße keine andere Verwendungsmöglichkeit gegeben ist wie auch für die darauf stehenden Gebäulichkeiten, so hätte ich unweidmässig und pflichtwidrig gehandelt, wenn ich die Vorlage nicht eingebracht hätte.

Abg. Stücken (Soz.): Die Vorlage ist eine der unerträglichsten, die man je dem Reichstag vorgelegt hat. (Beifall bei den Soz.) Hier handelt es sich um eine Nachfrage zwischen dem Reichstag und dem Chef des Militärkabinetts. Die jetzige Vorlage widerspricht dem Sinne der Beschlüsse der Budgetkommission. Es handelt sich hier weniger um ein Dienstgebäude, als um eine Privatvilla des Herrn v. Lynder, für die die Steuerzahler jährlich 100 000 Mark bezahlen sollen. Das müssen wir verhindern. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Viehling (Vp.): Ausdrücklich hat der Reichstag beschlossen, daß das Grundstück in der Viktoriastraße nicht für das Militärkabinett bewilligt werde. Auch das Zentrum und die Nationalliberalen traten dieser Ansicht bei. Es scheint hier eine schlimme Komödie gespielt worden zu sein. Der Reichstag würde sich einem Dohngeächter ausleben, wenn er jetzt anders beschließen würde. Im Interesse des Schutzes des Budgetrechtes des Reichstages können wir unmöglich für diese Vorlage eintreten. (Beifall auf der Linken.)

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage geht zur weiteren Beratung an die Budgetkommission. Es folgt alsdann die Fortsetzung der Beratung über die

Impfpetitionen.

Abg. Thiele (Soz.): Die Einsetzung einer Kommission ist notwendig, damit einmal Klarheit über die widerstreitenden Ansichten geschaffen wird. Vor allem muß die zwangsweise Impfung unterbleiben.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Bumm: Das Reichsgesundheitsamt erblickt nach wie vor in dem Impfgesetz ein bewährtes Schutzmittel gegen die Pockenleude. Die Anwendung polizeilichen Zwanges ist, wenn landesgesetzlich erlaubt, reichsrechtlich nicht verboten. Das hat auch das preussische Obergericht entschieden. Ich bitte Sie, die Forderung der Einsetzung einer Kommission wie auch die Wünsche auf Einführung der Gewissensklause und des Verbots des Impfwanges abzulehnen. (Beifall auf der Rechten.)

Abg. Dr. Gerlach (Z.): Seit dem Bestehen des Gesetzes, seit dem Jahre 1874, sind die Epidemien und die Sterblichkeit der Kinder wesentlich zurückgegangen. Eine Aufhebung des Impfwanges wäre bedenklich.

Abg. Dr. Neumann-Doser (Vp.): Die Einsetzung einer Kommission ist wünschenswert. Ich stimme daher für den Antrag der Konservativen.

Ministerialdirektor Dr. Kirchner: Meine Hoffnung auf eine Verständigung mit den Impfgegnern ist nur gering. Die Sache, die ich hier vertrate, ist recht und gerecht und muß recht bleiben. (Beifall.)

Abg. Graf v. Oppersdorff (Wld): Es ist richtig, daß die Impfung Schädigungen aufweisen kann. Aber es ist ohne Zweifel, daß das Impfgesetz sich vollst. bewährt hat.

Vizepräsident Dr. Dove teilt mit, daß dem Reichstag soeben eine Interpellation der Sozialdemokraten zugegangen sei, die den Reichstagspräsidenten ersucht, dem Reichstag einen Verfassungsentwurf für die beiden Westprovinzen vorzulegen, der für die beiden Großherzogtümer das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einführt.

Graf Posadowsky (b. L. F.) verlangt von der Regierung eine Erklärung darüber, ob der Impfwang für Kinder behauptet werden soll.

Bei der Abstimmung wurde der konservative Antrag auf Einsetzung einer Kommission angenommen. Nächste Sitzung morgen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(87. Sitzung.)

18. Berlin, 29. April.

Der zurückgestellte Nachtragsetat für 1913 mit der Forderung von 3 000 000 Mark zum Erwerb des Reichsgrundstücks des Abgeordnetenhauses stand heute auf der Tagesordnung. Auf einige ablehnende Bemerkungen des Abg. Dr. Liebtnecht (Soz.) bemerkte Finanzminister Dr. Lenze, die Erwerbung des Grundstücks sei wünschenswert zur Abrundung des staatlichen Besitzes und damit der Abgeordnetenhaus nicht etwa eine ruhestörende Nachbarschaft bekäme. Abg. Frhr. v. Wolkahn (L.) beantragte Überweisung der Vorlage an die Budgetkommission. Der Antrag fand Annahme. In der fortgesetzten Beratung des

Kultusetat

Begründet Abg. Cassel (Vp.) einen Antrag, der um Staatsmittel für die den Synagogenleitern von den jüdischen Gemeinden zu gewährenden Befolgungen erucht. Abg. Bierck (frl.) erklärte, daß seine Freunde den Antrag nicht wühlend in der Kommission prüfen, ebenso äußerten sich die Abgg. Bethge-Bilberge (L.) und D. Ditrich (Z.). Dr. v. Campe (natl.) dankte als Mitunterstützer für die freundliche Haltung der Redner. Darauf wurde der Antrag an die Budgetkommission überwiesen.

Beim Titel Oberkirchenrat forderte Abg. Graue (Soz.) die Wiedereinsetzung des Abg. Dr. Traub in seine persönlichen Rechte. Abg. Dr. v. Campe (natl.) bezeichnete als geboten, daß der Oberkirchenrat sich persönlich ein Bild von Herrn Traub mache und das Verfahren wieder aufnehmen.

Abg. A. Hoffmann (Soz.) übte Kritik an der unvollständigen Kassembuchführung der Berliner Stadtynode. Kultusminister v. Troitz zu Solz erwiderte, daß in der Tat keine regelmäßigkeiten vorgekommen seien; die durch ungetreue Beamte hervorgerufenen Zustände seien aber jetzt behoben.

Abg. Freiherr Schenk zu Schweinsberg (L.) nannte den kirchlichen Organismus einen Teil des menschlichen Lebens, der von diesem nicht zu trennen sei. Die Wehr der Christen wolle an dem Verhältnis von Staat und Kirche nichts geändert haben. Dem Abg. Johannsen (frl.) erwiderte der Kultusminister, daß er schon früher die Geistlichen in Nordschleswig den dringenden Rat gegeben habe, sich von der dänischen Agitation fernzuhalten. Das sei doch gesehen sei, hätte das Konsistorium Abhilfe geschaffen.

Abg. Traub (Vp.) wies auf den Fall des Herrn Stier in Wobau hin, der sich ebenfalls nicht habe von dem Oberkirchenrat rechtfertigen können. Der Kultusminister hat, daß das Haus Rücksicht darauf nehmen möchte, daß die Verwaltung der inneren Kirchenangelegenheiten geordnet festgelegt sei und er darüber nicht hinausgehen möchte. Nach weiterer, unwesentlicher Debatte vertagte sich das Haus auf Donnerstag.

Österreichs auswärtige Politik.

Der Dreieck als Grundlage.

Der österreichische Minister des Äußern, Graf Berchtold hielt vor den am Mittwoch zusammengetretenen Delegationen in Budapest eine groß angelegte Rede über die auswärtige Politik der Donaumonarchie, in der er u. a. hervorhob: Ich möchte vor allem betonen, daß der Dreiecksbund, welcher seine feste Fügung in den Wechselbeziehungen der Balkankrise neuerdings erwiesen hat, unverändert die Grundlage unserer Außenpolitik bildet. Mit warmer Sympathie sind bei uns die Besuche begrüßt worden, welche Kaiser Wilhelm, der erlauchte Verbündete unserer erhabenen Monarchie, in Schönbrunn und Ricamar gestattet hat, Besuche, die aus persönlichen Freundschaftsgefühlen entspringen, die aber gleichzeitig von dem innigsten Bundesverhältnis zwischen den beiden zentralen Mächten sinnfälligen Ausdruck geben.

Die guten Beziehungen zu Rumänien.

Von besonderer Wichtigkeit waren die Auslassungen des Grafen Berchtold über das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Rumänien. "In Rumänien", so sagte der Minister, "haben sich während und nach der Balkankrise Strömungen wahrnehmbar gemacht, die, von einer offenbar nicht verständlichen Auffassung unserer Haltung während der Krise ausgehend, zeitweilig einen unfreundlichen Charakter gegen die Monarchie angenommen haben. Der damalige Regierungschef Majorescu ist derartigen Tendenzen entgegengetreten und hat die vorgebrachten Angriffe gegen die Monarchie als völlig unbegründet zurückgewiesen. Wenn wir auch unter Auge den erwähnten Übergriff nicht verschließen wollen, so sind wir andererseits überzeugt, daß kein ernster Politiker des benachbarten Landes daran denken könnte, die großen Vorteile aufzuzählen, welche die bisher unterhaltenen engen und freundschaftlichen Beziehungen zu uns dem Lande gebracht haben. Auch die jetzige rumänische Regierung hat wiederholt ihr aufrichtiges Bestreben bekundet, den bisherigen vertrauensvollen Charakter der gegenseitigen Beziehungen in der Zukunft zu erhalten."

Europas Gleichgewichtssystem.

Graf Berchtold kam bei seinen weiteren Auslassungen dann auch auf die allgemeine politische Lage Europas zu sprechen: "Auf das politische Gleichgewichtssystem zwischen den Großmächten ist der Verlauf der Balkankrise ganz ohne Rückwirkung geblieben. Wenn auch die verschiedenen Mächtegruppen als solche fortbestehen und dieses System in der Verhandlung europäischer Fragen nach wie vor in Erscheinung tritt, so ist doch auch auf diesem Gebiete eine gewisse Entspannung fühlbar geworden. England hat seine Stimme in entscheidenden Momenten wiederholt in ausgezeichneter Weise vernommen und hat nicht nur zur friedlichen Austragung der aufgelauchten Differenzen beigetragen. Wir können in der damals und seither beobachteten Haltung Englands das Bestreben wahrnehmen, die ähnlichen Gefahren für die Zukunft vorzubeugen, wie die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit für den europäischen Frieden im Schoße trugen."

Wehrbeitragsresultate.

Frankfurt. Voraussichtlicher Ertrag lt. April 1914: 35 Millionen Mark. — Bochum. 1 830 000 Mark. In dem Bezirk der Bochumer Einkommensteuerverwaltung und die Städte Witten, Herne und Hattingen gebildet wurde ein Betrag von 3 524 000 Mk. effigiert. Das Mehr an Einkommensteuer in dem genannten Bezirk beträgt gegen das Vorjahr 841 000 Mark.

48. Kommunallandtag.

Wiesbaden, 29. April.

Der Kommunallandtag nahm heute einen Antrag auf Erweiterung des Geschäftskreises der Nassauischen Sparkasse an. Danach sollen auch Darlehen an Konsolidationsgemeinschaften gegeben

werden können und an alle öffentlichen Korporationen, die behördlichen Charakter tragen. Die Vergebung von Darlehen an Gemeinden auf Schuldschein geschah bisher nur auf 1 Jahr, sie mußten spätestens nach 5 Jahren wiederbezahlt werden. Ferner sollen Darlehen auch für längere Fristen unter Festsetzung einer jährlichen Amortisation gegeben werden können. — Die Blindenanstalt zu Wiesbaden bittet um Erhöhung der Jahresbeihilfe von 11,000 Mark auf 20,000 Mark. Der Landtag beschließt aber, es bei der bisherigen Summe von 11,000 Mark zu lassen, dafür den Verarbeitungsvertrag von 5000 Mark für 1914 auf 9000 Mark zu erhöhen.

Sehr eingehend beschäftigte sich der Kommunal-Landtag mit der Automobil-Staubplage. Es liegt dazu ein Vortrag des Landesbaurats über Mittel zu ihrer Verminderung bei gleichzeitiger Vergrößerung der Widerstandsfähigkeit der Straßenoberfläche vor. Wenn auch die Beseitigung von Staubschäden sich als unzulässigste Mitwirkung dabei nicht versagen, besonders wenn es gelänge, eine Begebefestigung zu ermitteln, die neben größtmöglicher Staubfreiheit auch eine allmähliche Verabfolgung der jährlichen Straßenunterhaltungsziffer sichert. In dem Vortrag werden die drei Befestigungsarten Schotterdecke, Kleinpflaster und Grobplaster erörtert. Die Innenteerung bei der Schotterdecke scheint die größten Garantien bei Befestigung der Staubplage zu bieten. Ein Kilometer Schotterdecke, 5 Meter breit und 10 Zentimeter stark, kostet 7000 Mark, die gleiche Straße mit Innenteerung 15,000 Mark und mit Kleinpflaster 25,000 Mark. Der Vortrag empfiehlt, in das Kleinpflasterprogramm sämtliche Straßen mit einer Lebensdauer bis zu etwa 10 Jahren aufzunehmen; danach wären noch 100 bis 10 Km. Bezirksstraßen mit Kleinpflaster zu belegen, bis jetzt sind von den 1130 Km. etwa 65 Km. so belegt. Zur Durchführung soll der bisherige Modus beibehalten werden, nach dem die Herstellung von jährlich 8 Km. Kleinpflaster ge-

Aus Nah und Fern.

Biden, 29. April. Das vor einigen Jahren von Herrn Pfarrer Kirchner hier im Röhrbachtälchen angelegte Baumstück ist durch Kauf in die Hände des Herrn Kopp-Herborn gegangen. Kaufpreis beträgt 1000 Mark. Wie verlautet, ist daselbst die Errichtung einer Fürsorge- oder Heilanstalt geplant. Wer eben dieses Tälchen und seine Umgebung kennt, wird wohl zugeben, daß es gerade für solchen Zweck einen besser geeigneten Platz nicht gibt. Herr Pfarrer Kirchner hat hier schon verschiedene Anlagen gemacht, wie Wasserleitung, verschiedene Fischweihen, Badeanstalt, Karren, Schaulack, Karussell. Das Röhrbachtälchen liegt rundum eingebettet in prächtige Buchen- und Tannenwälder, in welchen man stundenlange Touren und unternehmen kann, ohne durch staubige Landstraßen und an Fabriksschloten vorbeizukommen. Hoffentlich kommt die geplante Anstalt zur Ausführung und würde dieses von jedem Ortsbewohner mit Freuden begrüßt werden.

Weilburg. Der Gastwirte-Verband Nassau und Rhein hält in den Tagen vom 11. bis 13. Mai hierseits seinen 21. Verbandstag ab.

Limburg a. L., 26. April. (Gründung des Westdeutsch-Nassauischen Wasserwirtschafts-Verbandes.) Etwa 250 Wasserwerksbesitzer und sonstiger Wasserinteressenten hatten sich heute in der „Alten Post“ in Limburg vereinigt, um über die Gründung eines Interessenverbandes zu verhandeln und zu beraten. Die Leitung der Versammlung hatte der wahlberechtigte Wilhelm Stricker-Hirtesemühle bei Walsdorf übernommen. Der technische Wasserbauverständige Herr Schupp-Hachenburg verbreitete sich über die Entstehung der Idee, einen solchen Verband zu gründen. Auf dem Westwall, die es geboten erscheinen ließ, besaß sich die Wasserinteressenten zusammenschließen. Der Rechtsanwalt Justizrat Eckermann-Wiesbaden verteilte über „Wie schütze ich mein Recht?“ die erläuterte das neue Wassergesetz, das 79 einschneidende Wasserrecht bezügliche Gesetze und Verordnungen beseitigt. Das Bestreben, ein einheitliches Wasserrecht zu schaffen, sei zwar gelungen, wesentlicher Erfolg für Nassau nichts gutes oder doch nichts Schlimmes vorgenommen. Danach trägt der Verband den Namen Verband Westdeutsch-Nassauischer Wasserwirtschaft und bezweckt die Förderung und Beratung der Mitglieder in Bezug auf deren Wassernutzung und den Schutz ihrer Rechte. Der Verbandssitz ist Hachenburg.

Wingen. Am Dienstag Abend entstand in einem Stall des „Solmscher Hofes“ Feuer, das jedoch bald gelöscht werden konnte. Drei Pferde wurden leicht verletzt.

Rehlar. Wie dem „Bez. Anz.“ von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist die Notiz über die Einstellung des Ministers zu der Hinterlandbahn nicht ganz richtig. Auf dem Wochenmarkt am Mittwoch kostete ein Pfund Butter 1,25 u. 1,30 M., Eier das Stück 7 u. 7 1/2 Pfg.

Wiesbaden, 29. April. (Die Mordtat in Crain-Weiden.) Die hiesige Staatsanwaltschaft hat 600 M. Belohnung für die Ermittlung des Mörders ausgeschrieben. Nach Aussage der Tochter hat sich der schauerliche Vorfall folgendermaßen abgespielt: Am 1. Uhr wachte ich auf. Vor meinem Bette lag ein sehr großer Mann, der eine schwarze

Maske vor dem Gesicht hatte. In der linken Hand hielt er eine brennende Stalllaterne, in der rechten ein Beil. Ich zog aus Furcht die Bettdecke über meinen Kopf, worauf sie der Mann herunterriß und mit dem Beil auf mich einschlug. Ich wurde am Kopfe verletzt und der Zeigefinger von meiner linken Hand abgeschlagen. Ich schrie vor Schmerz laut auf. Der Mann verließ die Kammer, ich wagte mich nicht aus dem Bett. Kurze Zeit darauf stand unser Haus und unsere Scheuer in Flammen. Ich rief um Hilfe und wurde aus dem brennenden Hause getragen und in einem benachbarten Hause untergebracht und verbunden. Später brachte man mich ins Lauterbacher Krankenhaus. — Die Nachforschungen der Staatsanwaltschaft haben inzwischen zur Verhaftung zweier Verdächtigen geführt. In Salz hat man bei einem Manne namens Hofmann eine Gamasche und einen Kettel gefunden, die mit Blut bespritzt waren. Hofmann, Vater und Sohn, die unter dem Namen Hennings in der Gegend bekannt sind, waren früher wohlhabende Leute, die ihr ganzes Vermögen durchgebracht haben und jetzt vollständig mittellos sind. Sie sind heute früh verhaftet worden. Beide Hofmanns sind große, schlankte Leute. Sie sind den Steins Geld schuldig und auch schon fruchtlos gepfändet worden. Die Verurteilung des ermordeten Abraham Stein findet morgen Mittag statt. — Auf eine Anfrage im Krankenhaus zu Lauterbach wird mitgeteilt, daß das Befinden der schwer verletzten Frau Stein sowie der ältesten Tochter und des jüngsten Sohnes kaum Hoffnung auf Erhaltung ihres Lebens läßt, während der älteste Sohn und die jüngste Tochter außer Gefahr sind. Ueber das Motiv der Tat ist man immer noch nicht im Klaren. Auf Raubmordversuch könnte der Umstand hindeuten, daß in der Kommode, in der Geld enthalten war, ein abgebrochener Schlüssel steckte, doch scheint dagegen zu sprechen, daß Geld und Staatspapiere, sowie die Bücher, die zum Teil offen da lagen, vollkommen unberührt aufgefunden worden sind. Das in der Küche aufgefunden Beil ist ein sogenanntes Handbeil mit einem 40 Zentimeter langen Griff. Es ist außerordentlich scharf geschliffen.

sc. Bad Orb, 29. April. Zum ersten Male rückte gestern ein ganzes Regiment, das Infanterie-Regiment Nr. 115 aus Darmstadt, mit klingendem Spiel auf dem Truppenübungsplatz ein, zu einer mehrwöchigen Regimentsübung und nahm Lager, wozu noch größere Zelte errichtet werden mußten, da die vorhandenen Wohngebäude drei Bataillone nicht zu fassen vermögen.

Kurze Tages-Chronik.

New-York, 30. April. Roosevelts Rückkehr von seiner Forschungsreise wurde gestern in Manaus erwartet. Auf seiner Reise durch die brasilianische Urwaldnis soll er einen neuen Menschenstamm, die Panhates, entdeckt haben. Die Expedition soll auch sonst auf naturhistorischem Gebiete reiche Ausbeute gemacht haben.

Berlin, 29. April. Der Bäckermeister Strud in Wilmerdorf, seine Frau, seine Nichte und zwei Bäderecken sind unter Vergiftungserscheinungen schwer erkrankt. Alle fünf hatten Schabekäse gegessen.

Machen, 29. April. Die wegen Ermordung ihres Ehemannes, des Aderers Koch in Blaustein, zum Tode verurteilte Witwe Koch und der Knecht Steaers wurden heute früh hingerichtet.

Luftfahrt.

Berlin, 29. April. (Die Dauerfahrt des „S. L. II“.) Das für Köln bestimmte neue Militärluftschiff „Schütte-Lanz II“ hat am Dienstag Abend um 9 Uhr 15 Minuten eine große, auf zwanzig Stunden berechnete Abnahmefahrt angetreten, die den Ballon im Laufe der Nacht über Norddeutschland und morgens über Berlin führen sollte. Ueber diese werden folgende Einzelheiten mitgeteilt: „S. L. II“ stieg gestern Abend um 9 Uhr 15 Min. vor der Halle in Rheinau auf. Das Kommando hatte Kapitän Hunold, während die Bedienungsmannschaften für die Motore zur Hälfte aus Monteuren der Lanzschen Werft, zur Hälfte aus Unteroffizieren bestand. An Bord befand sich auch die militärische Abnahmekommission. Im Ganzen hatten 17 Personen in den Kabinen Unterkunft gefunden. Die Fahrt ging bei schönem, fast windstillem Wetter nordwärts. Um 3 Uhr 55 Min. früh schwebte das Luftschiff über Bremen und trat mit der dortigen Funkstation in Verbindung; die 400 Kilometer lange Strecke von Mannheim nach Bremen hatte „S. L. II“ in 6 1/2 Stunden zurückgelegt. Von Bremen flog der Lenkballon über Wilhelmshaven nach Helgoland und kreuzte mehrmals über der Insel, wobei er mit der dortigen Station Lichtsignale austauschte. Von dort flog das Schiff nach Hamburg, wo es um 6 Uhr morgens eintraf. Nachdem man dem Hafen einen Besuch abgestattet hatte, flog der „S. L. II“ nach Berlin. Um 9 Uhr kreuzte er über Johannisthal in einer Höhe von etwa 1500 Metern. Auf der Strecke Hamburg-Berlin hatte der Ballon eine Geschwindigkeit von 79,80 Km. in der Stunde erreicht trotz eines leichten Westwindes, der das Schiff seitlich abzutreiben suchte. Der neue „Schütte-Lanz“-Ballon hat die auf ihn gesetzten Hoffnungen bezüglich seiner Schnelligkeit weit übertroffen: auf der Strecke Rheinau-Berlin hat das Luftschiff in zwölfstündiger Fahrt nahezu 1000 Kilometer zurückgelegt und eine Geschwindigkeit erreicht, die stellenweise weit über 80 Km. betrug; diese Eigengeschwindigkeit übertrifft die der Zeppelin-Ballons.

Die zwanzigstündige Probefahrt wurde in Leipzig beendet. Das Luftschiff landete dort um 5 1/2 Uhr und wurde in die dortige Halle gebracht. Das Luftschiff hatte Leipzig vormittags schon um 11 1/2 Uhr erreicht. Bei Rudolstadt wurde gedreht, angeblich wegen heftigen Gegenwindes und Gewitters. Die zwanzigstündige Probefahrt ist jedoch absolviert.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Entschädigungsfrage gegen Leutnant v. Fortner. Das Landgericht in Zabern verhandelte gegen den Leutnant v. Fortner in der Entschädigungs-Klage der Eltern der minderjährigen Franziska Murer. Die Sache wurde schließlich auf den 30. Juni vertagt, da es sich für das Gericht als notwendig erwies, die Akten des Militärgerichts einzusehen.

Schadenertrag für unschuldig erlittene Zuchthausstrafe. Der im Jahre 1895 wegen Meineids zu drei Jahren Zuchthaus verurteilte Bergmann Bilking aus Scharnhorst wurde nach Verbüßung der Strafe im Wiederaufnahmeverfahren 1911 freigesprochen. Die Staatskasse wurde gleichzeitig für entschädigungspflichtig erkannt und der Justizminister billigte Bilking eine Entschädigung von 4000 Mark zu. Nun verlangt aber Bilking auch noch Ertrag dafür, daß er die Mitgliedschaft der Pensionkasse des Knappschaftsvereins und damit die ihm und seinen Angehörigen zustehenden Ansprüche auf Invaliden- bzw. Hinterbliebenenrente verloren habe. Während das Landgericht Dortmund diese Ansprüche abweist, hat das Oberlandesgericht Hamm entschieden, daß im Falle der Invaliddität oder des Todes des Klägers ihm oder seinen Angehörigen diejenigen Ansprüche zu gewähren sind, die er an die Pensionskasse des Knappschaftsvereins gehabt haben würde, wenn er nicht infolge der Zuchthausstrafe seiner Rechte gegen die Kasse verlustig geworden wäre. Das Reichsgericht hat jetzt diese Entscheidung bestätigt.

Weilburger Wetterdienst.

Vorausichtliche Witterung für die Zeit vom Abend des 30. April bis zum nächsten Abend: Biefsch wolkig, tagsüber etwas kühler, doch höchstens vereinzelt leichte Regenfälle.

Letzte Nachrichten.

Wien, 30. April. Die Besserung im Befinden des Kaisers hält erfreulicher Weise an.

Rom, 30. April. Nach hier aus Durazzo ankommenden Meldungen hat die albanische Regierung ein von Kemal Bey, dem ehemaligen Chef der provisorischen Regierung, eingefädelt Komplott entdeckt, das den Zweck hatte, die Regierung des Fürsten Wilhelm zu stürzen und Albanien in eine Reihe von Kantonen nach dem Muster der Schweiz unter der Leitung Kemal Beys zu teilen. Man erwartet binnen kurzem eine Anzahl von Verhaftungen.

London, 30. April. Das von der Opposition eingebrachte Fadelvotum gegen die Regierung wegen ihrer Haltung in der Ulsterfrage wurde mit 344 gegen 264 Stimmen abgelehnt.

Mexiko.

New-York, 30. April. Die Vertreter der süd-amerikanischen Republiken proponenten der Union und Mexiko einen Waffenstillstand. Wie aus Washington gemeldet wird, sollen die Vereinigten Staaten mit dem Waffenstillstand einverstanden sein, falls ihnen zugesichert wird, daß keine Ausbreitungen gegen Amerikaner vorkommen.

Japan hat es abgelehnt, die Interessen Mexikos in den Vereinigten Staaten wahrzunehmen, worauf Huerta sich an Spanien gewendet hat. Japans Weigerung machte sehr guten Eindruck in Washington, besonders auch deshalb, weil sie allen Gerüchten über eine statigehabte oder beabsichtigte Begünstigung Mexikos durch Japan ein Ende macht.

Spanien beschloß, sich ungeachtet der besonderen Beziehungen Spaniens mit Südamerika gegenüber dem mexikanischen Kriege, lediglich dem Verhalten der europäischen Mächte anzuschließen.

Inzwischen sind wieder 100 Amerikaner und 28 andere Ausländer aus dem Binnenlande in Veracruz angekommen. So gut wie alle Ausländer in der Nähe von Durango und Torreón haben das Land verlassen. Zwei von dem britischen Gesandten bestellte Sonderzüge, welche die englische und die amerikanische Flaggge führten, verließen gestern Abend mit Flüchtlingen die Hauptstadt. Unterwegs nehmen sie noch weitere 600 Flüchtlinge auf. Bundesstruppen und sechs Vertreter der verschiedenen Gesandtschaften begleiten die Züge. Ein britisches Kriegsschiff in Puerto Mexiko wird bis zur Ankunft der amerikanischen Transportschiffe den Schutz der Flüchtlinge übernehmen. Die Hauptstadt ist ruhig. Seit Sonntag sind keine Kundgebungen mehr vorgekommen.

Die Rebellen-Generale Villa und Carranza sind übereingekommen, daß die Rebellen nur Zuzuhauer in den mexikanisch-amerikanischen Wirren bleiben sollen, außer wenn das Gebiet der Rebellen angegriffen werde.

Anzeigen.

Empfehle neue Mastkartoffeln,
pro Pfund 20 Pfg.
(Matjesheringe unterwegs.)
Carl Mährlen, Herborn,
Marktplatz 6 — Telefon 235.

Großes möbl. Zimmer
an 1 oder 2 Personen sofort zu vermieten.
Kaiserstr. 14, Herborn.

Für einen 6 Wochen alten Knaben wird
Pflegestelle
gesucht. Angebote an den Erziehungsverein Herborn.

Erfinderisch veranlagten Personen bietet sich passende Gelegenheit zur Mitarbeit und zu Verbindungen zwecks Durchführung u. Bewertung von Erfindungen, Versuchen, Gewinnbeteiligung usw.; insbesondere auch in der Lösung gestellter Erfinder-Aufgaben. Näh. Ausf. ert. Zivil-Ing. E. Jacobi-Siesmayer, Frankfurt a. M., Battenstrasse 4.

Suche ein tüchtiges, braves
Dienstmädchen,
welches in besserem Hause gedient hat.
Frau Jüngst, Herborn, Rotherstraße 8 II.

Des russischen Volkes Feind.

K. Petersburg, im April.

Die russische Osterwoche ist soeben vorbei. Sie ist verlaufen, wie so viele andere hier verlaufen sind, im alles gleichmachenden Zeichen des Alkohol. Und gerade in diesem Jahr wollte man die Osterfeiertage dazu benutzen, dem Schnapssteufler energisch an den Stragen gehen. Ihm wurde an den drei ersten Feiertagen, vom letzten Sonntag bis Dienstag, amtlich der Krieg erklärt. Die staatlichen Schnapsbuden, die „Monopolken“, schlossen ihre Verkaufsläden und alle kleine Schnapsbuden mußten ihrem Beispiel folgen. Dies Gebot war für ganz Rußland ergangen. Seine Wirkung aber war nur für den über-raschend, der die russische Liebe zum Wutke nicht in ihrer ganzen Aufopferungsfähigkeit kennt. Wenn Monopolken, Kneipen und die meisten Gasthäuser drei ganze Tage lang schließen, so muß man eben vorher dafür sorgen, daß der Schnaps nicht ausgeht. Und die braven Leute hier in Petersburg hatten sich vorgelesen.

Wie sonst, waren auch dieses Jahr die Straßen mit Leuten, denen der Kampf gegen den Alkohol mit dem möglichst großen Verbrauch alkoholischer Getränke gleichbedeutend ist, wieder förmlich tapeziert. Der Polizeibericht in seiner Nüchternheit gibt das abschreckendste Bild. Zu Tode getrunken haben sich 20 Menschen, in Polizeiwachen, Krankenhäusern und Kliniken mußten 2000 eingeliefert werden, darunter viele, die außer den im Vertilgungskrieg gegen den Alkohol dapongetragenen inneren Wunden auch schwere äußere Verletzungen aufzuweisen hatten. Wenn man aber alle die zusammenschält, die an den ersten drei Festtagen in den Straßen umhertaumelten, so dürfte man mit 25 000 nicht zu hoch gegriffen haben. Aus Moskau liegen ähnliche Berichte und Schätzungen vor, und anderswo wird's nicht anders gewesen sein. Dabei ist noch nicht einmal der bedeutende Anteil in Rechnung gestellt, den die besseren Stände an den Osterfreuden genommen haben. Wer seinen Kanonenrauch zu Hause verkalten konnte, scheidet aus der öffentlichen Liste aus.

Einen schärferen Kontrast als diese Zeugen der russischen Trunksucht und den an ihnen vorbeimarschierenden Kinderzug, der auf flatternden Fähnchen verkündete: „Nieder mit dem Schnaps, dem Feind des russischen Volkes!“ kann man sich kaum denken. Aber durch ihn wird anschaulich die Ohnmacht gekennzeichnet, mit der der Krieg gegen den Alkohol hierzulande geführt wird. Dieser Krieg ist durchaus ernst gemeint und wird auch von den Behörden nach jeder Richtung hin gefördert, da man wohl erkannt hat, welche Verheerungen das Laster unter den Bauern und Arbeitern anrichtet. Auch diese Volksschichten selbst zeigen sich für diese erschreckende Wahrheit nicht unzugänglich. Es gibt Bauernndörfer, deren Gemeindevertretungen die Schließung der staatlichen oder privaten Schnapskneipen beantragt und durchgeführt haben. Den Säulern wird mit Ausschluß aus gemeinnützigen Genossenschaften gedroht, ihnen wird der Kredit gekündigt und sonst auf ihr Ehrgefühl zu wirken versucht. Derartige Bestrebungen aber haben selten einen dauernden Erfolg und schlafen bald wieder von selbst ein.

Der russische Bauer und Handwerker kennt eben keinen höheren Genuß, keine bessere Erholung, als den Rausch, der ihn wenigstens für kurze Zeit des Tages Elend und Sorge vergessen macht. Wird ihm die öffentliche Alkoholquelle geschlossen, so wehrt er hinterlistig genug zu finden. Bezeichnend ist die folgende verbürgte Anekdote. Eine Bauerngemeinde wollte die „Monopolka“ schließen. Der Besitzer des Hauses aber, in dem die staatliche Brantweinlöhne untergebracht war, wollte nicht auf die Wirtseinnahme verzichten. Daher trat er an die Gemeindevertreter heran und suchte sie durch Zahlung von 25 Rubeln zu bestechen. Es gelang ihm auch. Die Monopolka blieb bestehen und die 25 Rubel wurden von den Gemeindegliedern in ihr gemeinsam in Alkohol angelegt.

Wenn so die Gemeinde handelt, was soll man vom einzelnen erwarten. Er kann wohl einmal in Neuse sich vom Schnaps abwenden, aber auf die Dauer wird er diese Kostung nicht ertragen.

Bermischtes.

• Vier Personen aus dem Hinterhalt erschossen. Als der Verwalter einer Privatschlächterei in Warschau das Haus eines Großschlächters verließ, wurde er durch mehrere Schüsse tot zu Boden gestreckt. Auch der zu Hilfe eilende Großschlächter wurde erschossen und dessen Tochter. Weiter sei noch eine Händlerin unter dem mordrischen Feuer. Die Täter waren zwei gutgekleidete Banditen, die sich in gutgedeckter Stellung befanden. Die Verbrecher konnten entfliehen. Es handelt sich um den Mord an zwei Schweißhausangestellten.

• Meuterei in der Strafkompagnie. Unter den Häftlingen der französischen Strafkompagnie zu Anian bei Montpellier brach eine Meuterei aus. 48 Häftlinge entwichen und verübten Exzesse an der Bevölkerung. Gendarmen, durch bewaffnete Bauern verstärkt, nahmen sofort die Verfolgung der Flüchtigen auf, die in den Wäldern Schlupfwinkel fanden. Vierzehn Meuterer konnten eingekerkert werden.

• Sträflingsrevolte im Gefängnis. Im Zuchthaus von Schitomir im russischen Gouvernement Wolhynien überwältigten 86 Zwangssträflinge ihre Wächter, entrißen ihnen die Waffen, zündeten das Gefängnis an und versuchten zu entfliehen. Das Gefängnis wurde jedoch rechtzeitig von Soldaten umzingelt. Während des Kampfes, der sich dann entspann, wurden sechs Zuchthäuser und ein Aufseher erschossen, vier Gefangene und zwei Aufseher schwer verwundet.

• Gehälter für weibliche Beamte. Das Paradies für weibliche Beamte scheint England zu sein, wenn man wenigstens von der Höhe der gezahlten Gehälter einen Schluß ziehen will. Im „Local Government Board“ bezieht die Oberaufseherin 9000, sechs weitere als Inspektorinnen beschäftigte Frauen 5000 bis 7000 Mark Gehalt. Das Ministerium des Innern hat eine Frau als Gefängnisinspektor angestellt und ihr ein Gehalt von 8000 Mark angewiesen, das im Laufe der Dienstzeit bis auf 8000 steigt. Recht annehmbar erscheint auch ein Gehalt von 9000 Mark für den Posten der Überwachung der Frauenindustrie und der Frauenarbeit, und auch das Zentralamt der Arbeiterbörse hält seine Gehälter in gleicher Höhe. Noch besser werden die Stellen des obersten weiblichen Schulinspektors (13 000 Mark), der ältesten Ärztin im Gesundheitsamt (12 000 bis 16 000) und endlich der „Frauenkommissar“ der neuen Versicherung mit 20 000 Mark.

Aufruf

an die Bevölkerung des Distriktes für eine Rote Kreuz-Sammlung 1914,

zu Gunsten der freiwilligen Krankenpflege im Kriege.

Die deutsche Heeresmacht ist in außergewöhnlichem Maße verstärkt worden. Das staatliche Kriegssanitätswesen hat damit natürlich zugleich eine erhebliche Erweiterung erfahren müssen. Da es aber gemäß der Allerhöchsten Dienstvorschrift für die freiwillige Krankenpflege mit der vielseitigen und umfangreichen Unterstützung der letzteren zu rechnen hat, so ist es eine vaterländische Pflicht des Roten Kreuzes, nun auch seine Kräfte und Mittel in außergewöhnlichem Maße zu verstärken, damit es im Kriegsfall nicht hinter den berechtigten Erwartungen zurückbleibt.

Die Erfüllung dieser Pflicht darf keinesfalls bis zum plötzlichen Ausbruch eines Krieges hinausgeschoben werden. Denn man kann weder die nötigen Krankenpfleger und -Pflegerinnen in kurzer Frist sachgemäß ausbilden, noch lassen sich alle zum Transport, zur Unterbringung und zur Pflege der Verwundeten und Kranken erforderlichen Sanitätshilfsmittel so rasch, als nötig, beschaffen.

Aus militärischen und aus volkswirtschaftlichen Gründen muß erstrebt werden, die Verwundeten und Kranken tunlichst rasch wieder wehrfähig oder doch arbeits- und erwerbsfähig zu machen, während die Nächstenliebe gebieterisch fordert, die Schrecken des Krieges überhaupt zu mildern. Der heutige hohe Stand der ärztlichen Wissenschaft begünstigt beides, aber nur bei dem Vorhandensein eines der Zahl nach ausreichenden und auf das vollkommenste ausgebildeten Pflegepersonals und reicher Vorräte an Sanitätshilfsmitteln jeder Art von bester Beschaffenheit.

Personell und materiell erfreut sich das Deutsche Rote Kreuz dieses Besitzes in ausreichendem Maße zurzeit noch nicht, während andererseits seine Beschaffung im Frieden Geldsummen erfordert, über die es nicht verfügt.

Es bleibt daher nur übrig, zur Aufbringung des nötigen Geldes den Weg der Sammlung zu beschreiten. Freilich ist dieser Weg in den letzten Jahren schon für viele hohe Aufgaben gewählt worden, sodaß es begreiflich wäre, wenn die Gebefreudigkeit nachgelassen hätte. Da aber die letzten Sammlungen trotzdem fast durchweg ein günstiges Ergebnis erzielt haben und das Rote Kreuz im übrigen des Geldes dringend bedarf — denn vor einem unerwarteten Kriegsausbruch sind wir nicht sicher — so dürfte das weitere Hinausschieben eines Sammelunternehmens fast unzulässig erscheinen. Wenn wir uns also mit der Hoffnung eines Erfolges desselben tragen, so bestärkt uns hierin der Glaube, daß auch jener große Teil der Bevölkerung des Distriktes, der von dem reichsgesetzlichen Wehrbeitrag freibleibt, die sich ihm hier anbietende Gelegenheit, einen freiwilligen Wehrbeitrag zu leisten, sicherlich gerne ergreifen wird. Gilt es doch hier, freiwillige Opfer für eine Organisation zu bringen, die einen unlöslichen Bestandteil unserer herrlichen deutschen Wehrmacht bildet. Wir erwarten zuversichtlich, daß es hier im Distrikte an vollem Verständnis für die bedeutungsvollen Aufgaben des Roten Kreuzes nicht fehlen wird und daß das Gesamtergebnis der Sammlung, sei es im einzelnen auch mit noch so kleinen Spenden, dieses Verständnis in würdiger Weise zum Ausdruck bringen wird.

Es kommt hinzu, daß im Jahre 1914 fünfzig Jahre der Genfer Konvention verfloßen sein werden, daß wir demnach gerade jetzt in die Jubiläumzeit der verschiedenen Vereinigungen des Deutschen Roten Kreuzes eingetreten sind, das sich in dieser langen Reihe von Jahren bewährt und Ansehen erworben hat. So wird wohl auch ein Hinweis auf diese Tatsache die Gebefreudigkeit in unserem Volke erhöhen. Endlich stehen die durch mangelhafte Rüstung für Krankenpflege erhöhten Schrecken des Balkankrieges noch so lebhaft vor aller Augen, als daß eine gewissenhafte Vorbereitung des Deutschen Roten Kreuzes nicht das nötige Verständnis in unserem Volke finden sollte.

Die Sammlung fällt in die Zeit der Jubelfeier des fünfzigjährigen Bestehens des Roten Kreuzes und ihr Beginn ist festgesetzt auf den denkwürdigen 10. Mai, den Tag des Frankfurter Friedens.

Jede, auch die bescheidenste Spende, wird dankbar begrüßt werden und dazu beitragen, in Zeiten schwerer Prüfung die Leiden der Söhne unseres Volkes, die Leib und Leben dem Vaterlande freudig opfern, zu lindern und zu heilen.

Dillenburg, den 25. April 1914.

Der Vorstand Der Vorstand
des Vaterländisch. Frauenvereins des Zweigvereins vom Roten Kreuz
Zweigverein für den Distrikt des Zweigvereins für den Distrikt

Bekanntmachung.

Das Betreten und Begehen des Fußpfades in dem Wiesengrund Distrikt Reh hiesiger Gemarkung ist verboten. Zuwiderhandlung wird nach § 368 Nr. 9 des Reichsraf-Ges.-Buches bestraft.

Hörbach, den 27. April 1914.

Die Polizei-Verwaltung:
Bieh, Bürgermeister.

Zwangsvorsteigerung.

Auf Antrag des Verwalters in dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kohlenhändlers Heinrich Zeißler in Herborn sollen die in der Gemarkung Herborn belegenen im Grundbuche von Herborn in Band 23 Blatt Nr. 808 und 810 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Landmannes Heinrich Zeißler in Herborn, bezw. auf den Namen der Eheleute Landmann Heinrich Zeißler und Johanne, geb. Weiler in Herborn eingetragenen 10 Grundstücke (darunter 2 Wohnhäuser) am 11. Mai 1914, vormittags 10 Uhr durch das unterzeichnete Gericht an der Gerichtsstelle Zimmer Nr. 9 — versteigert werden.

Herborn, den 23. April 1914.

Königliches Amtsgericht.

Kriegerverein Fleisbach.

Von Sonntag, den 3. Mai, ab nachmittags
Schießen auf dem Schießstand
vor der Haardt.

Vor dem Betreten des Schießterrains, welches durch Flaggen kenntlich gemacht ist, wird gewarnt.

Der Vorstand.

Fachschule der Zuschneidekunst.

verbunden mit

Atelier für feinere Damenbekleidung.

Auftrag für: Anfertigung eigener Garderobe, Unterricht im Schnittzeichnen und Zuschneiden. Gründliche Ausbildung für Haus und Beruf. Vorbereitung für die geschulden Prüfungen. — Aufnahme von Schülern jederzeit. Gleichzeitig gestalte ich mir, den gebildeten Damen mein Atelier für feinere Damenbekleidung zur gest. Kenntnis zu bringen.

Marie Wunderlich,

Schleierin und Damenschneidermeisterin,
Giessen, Beblarerweg 171, gegenüber dem Bahnhof.
NB. Schülerinnen haben die Vergünstigung, auf Schülerarbeiten zu fahren.

Neu! Praktisch! Billig!

Krankenmatratze (gef. gef.) mit „Einrichtung“

Die Kranken können ruhig liegen bleiben. Höchste Reinlichkeit. Erleichterung für Kranke und Pflegenden. Preis von 40 — 60 Mark. Elisabeth Gättinger, Seilbroun a. R., Ulanenstr. 54

Sängervereinigung Herborn.

Sonntag, den 3. Mai, abends 8 1/2 Uhr,
im Saale des „Nassauer Hof“:

Konzert

(Volkliedabend.)

Eintrittsgeld für Nichtmitglieder 75 Pfg.
Mitglieder Eintritt frei.

Vorverkauf in der Buchhandlung der Herren
Gebr. Baumann u. bei Herrn Friseur W. Georg.

Betr. Einführung bitten wir § 16 und 17
unserer Satzungen zu beachten.

Der Vorstand.

Freiw. Sanitätskolonne vom Roten Kreuz

Freitag, den 1. Mai 1914, abends pünktlich 8 1/2 Uhr
im großen Saale des Vereinshauses:

Uebung.

Der Vorstand.

Westerwald-Klub, Ortsgruppe Herborn.

Sonntag, den 3. Mai d. J. : Halbtagwanderung
nach Vellersdorf. Sammelpunkt früh 6 1/2 Uhr (vorbereitend)
am Schießplatz Rückkehr 11 1/2 Uhr Frühstück mitgenommen.

Suche zum sofortigen Entlassung
tätigen, selbständigen
Büchergesellen
gegen hohen Lohn.
Jul. Berns, Salzer.

Heizer
auf Dampfmaschinen
sucht für sofort
Theodor Ohi, Pf.

Schwammsteinfabrik, alt. aus. Synd.,
liefert billigt in Steine, Bimsstein u.
Zementbrieten. Pfl. Wies, Reunwid.

Feldbahngeleise, 300 m, sowie
Kippwagen auf Miete abzug.
Karl Schorch, Zimmermstr. f.

Scherben-Doktor!

ist der beste Porzellan- u. Glas-Rtt.
à Dose 30 Pfg. Nur bei: Friedr.
Rißel, Dr. Oetgen-Drogerie, Herborn.

Der Stadtauflage liegt ein
heutigen Ausgabe liegt ein
Prospekt über Erfindungen mit
Lauchblätter Mineralwasser
bei. Der Brunnen in westl.
schmeckend und erfrischend und
in Herborn in der Niederlage
des Herrn Carl Wäber.
Marktplatz 6, zu haben.

Sommer-Fahrplan gültig vom 1. Mai 1914.

Abfahrzeiten der Eisenbahnzüge in der Richtung

von Herborn

nach Sieben	4 ²⁹	4 ⁵⁴	5 ³⁶	6 ²⁵	6 ⁵⁴	8 ³¹	10 ⁵⁶	12 ²⁶	1 ⁴⁹	4 ⁰⁴	5 ⁰⁷	5 ⁵⁰	6 ⁵⁴	8 ⁴³	10 ¹²	11 ⁸⁷				
nach Köln	1 ⁴⁵	4 ⁴⁴	5 ¹⁸	6 ³¹	6 ⁴³	7 ⁴¹	8 ³⁷	8 ⁵⁵	11 ²⁰	11 ³⁷	1 ⁴⁴	2 ³⁴	4 ²⁴	6 ⁰⁸	6 ⁴⁸	7 ¹⁰	7 ⁵⁹	9 ¹¹	9 ²⁰	11 ¹⁹

- 1) bis Dillenburg.
- 2) bis Wehlar.
- 3) bis Sinn.
- 4) bis Wehlar.
- 5) bis W. u.
- 6) bis Weiger.

von Herborn

nach Gartenrod-Niederwalgern-Marburg	4 ⁰⁹	6 ⁵⁷	9 ²¹	11 ⁴¹	1 ⁵⁴	4 ⁴⁵	7 ¹²	11 ²⁰) bis Marburg		† bis Herbornfeld
nach Driedorf-Westerb. u. Marburg	6 ³⁹	9 ³⁶	12 ⁵⁰	1 ⁵⁵	4 ²⁷	7 ¹⁵	11 ²¹	† Sonntag vom 31. 5. bis 31. 5., (siehe am 1. 6. bis Weimer)		† bis Gladenbach	

von Dillenburg

nach Straßersbach	5 ¹²	6 ¹³	7 ²⁴	8 ²⁸	11 ³⁵	1 ⁵⁷	2 ⁵⁹	4 ³⁸	6 ²⁵	7 ²⁸	9 ³⁶	10 ⁴²	W Wehrh. u. Sonntag, sowie 21. Mai und 1. Juni
nach Oberscheld-Biedenkopf	5 ⁰⁰	6 ⁴⁶	9 ⁰⁷	11 ⁴¹	1 ⁵⁸	4 ³⁷	6 ⁴⁶	6 ⁵⁹	8 ³⁹	9 ³⁵	1) bis Dillenburg	2) bis Weimer	3) bis Weimer

Sieben-Köln.

Zufolge Sinn-Herborn-Dillenburg und Dillenburg-Herborn-Sinn siehe unten.

Köln-Sieben.

1245	130	329	504	610	614	638	816	1020	ab Sieben . . . an	5 ²⁹	—	638	749	926	1150	1122	245	456	—	756	916	1108	1225
101	147	344	520	623	629	655	831	1035	an Wehlar . . . ab	5 ¹⁷	—	622	733	909	1134	1109	229	440	—	739	903	1052	1209
104	152	346	526	628	631	657	832	1036	ab Wehlar . . . an	11 ¹¹	536	618	732	907	1139	1108	228	439	—	736	902	1051	1208
121	209	403	544	648	648	674	849	1054	Ehringshausen . . .	4 ⁵⁹	519	600	716	852	1117	—	212	425	—	531	719	1035	1155
127	216	409	551	655	655	681	856	1061	Rabenfurt . . .	4 ⁴⁶	512	553	710	846	1111	—	205	419	—	524	711	1028	1149
132	222	413	556	660	660	686	861	1066	Gdingen . . .	4 ⁴¹	507	548	705	841	1106	—	200	414	—	519	706	1023	1144
137	227	418	561	665	665	691	866	1071	Sinn . . .	4 ³⁶	502	543	701	837	1102	—	155	410	—	514	701	1019	1143
143	233	423	566	670	670	696	871	1076	an Herborn . . . ab	4 ²⁹	454	536	654	831	1056	—	149	404	—	507	654	1012	1137
144	234	424	567	671	671	697	872	1077	ab Herborn . . . an	4 ²⁸	453	535	652	829	1055	—	148	403	—	506	652	1011	1136
149	241	430	572	676	676	702	877	1082	Niederscheld (Süd)	4 ²³	448	530	647	824	1050	—	143	358	—	500	646	1005	—
153	245	434	576	680	680	706	881	1087	an Dillenburg ab	4 ¹⁸	442	524	641	818	1046	1042	139	354	—	455	642	1001	1129
155	246	435	577	681	681	707	882	1088	ab Dillenburg an	4 ¹⁷	441	523	640	817	1045	1040	137	352	—	454	641	999	1128
206	447	635	739	849	849	875	1050	1254	Haiger . . .	4 ⁰⁹	—	554	630	807	1023	—	129	345	—	445	632	932	1121
218	459	647	751	861	861	887	1062	1266	Niederbreisendorf	—	—	549	621	757	1014	—	120	336	—	436	623	931	1120
228	469	657	761	871	871	897	1072	1276	Birgendorf . . .	—	—	548	620	756	1013	—	118	328	—	435	622	930	1119
235	476	664	768	878	878	904	1083	1283	Wurzbach . . .	—	—	547	619	755	1012	—	109	319	—	434	621	929	1118
243	483	671	775	885	885	911	1094	1290	Neunkirchen . . .	—	—	546	618	754	1011	—	107	317	—	433	620	928	1117
250	490	678	782	892	892	918	1101	1297	Herborn . . . ab	—	—	545	617	753	1010	—	106	316	—	432	619	927	1116
258	497	685	789	899	899	925	1108	1304	an Wehlar . . . ab	—	—	544	616	752	1009	—	105	315	—	431	618	926	1115
307	548	740	844	954	954	980	1163	1355	an Wehlar . . . an	—	—	543	615	751	1008	—	104	314	—	430	617	925	1114
323	564	756	860	970	970	996	1179	1371	Wissen . . .	—	—	542	614	750	1007	—	103	313	—	429	616	924	1113
334	575	767	871	981	981	1007	1190	1382	an . . .	—	—	541	613	749	1006	—	102	312	—	428	615	923	1112
409	653	845	949	1059	1059	1085	1268	1455	Etterf . . .	—	—	540	612	748	1005	—	101	311	—	427	614	922	1111
438	682	874	978	1088	1088	1114	1297	1484	Stegburg . . .	—	—	539	611	747	1004	—	100	310	—	426	613	921	1110
446	693	885	989	1099	1099	1125	1300	1495	Troisdorf . . .	—	—	538	610	746	1003	—	99	309	—	425	612	920	1109
519	784	976	1080	1190	1190	1216	1399	1586	an Köln . . . ab	—	—	537	609	745	1002	—	98	308	—	424	611	919	1108

J. M. Beck'sche Buchdruckerei
 Otto Beck, Herborn
 Verlag des „Herborner Tageblatt“
 und „Haigerer Tageblatt“.

640	—	—	1241	ab Sinn . . . an	632	—	—	1233	558
648	—	—	1248	an Herborn . . . ab	625	—	—	1226	550
444	643	837	1197	ab Herborn . . . an	—	622	916	1225	549
453	652	846	1146	Niederscheld (Süd)	—	615	910	1219	541
457	656	850	1150	an Dillenburg ab	—	610	905	1214	536

J. M. Beck'sche Buchdruckerei
 Otto Beck, Herborn
 Anfertigung sämtlicher Geschäfts- und
 Privatdrucksachen.

Nicolaustollen-Dillenburg-Straßersbach.

548	—	—	—	1015	ab Nicolaustollen an	527	712	—	933	1211	222	—	505	—	724	—	1001	—		
552	—	—	—	1024	Oberscheld (Drt)	518	703	—	924	1202	213	—	456	—	716	—	952	—		
556	—	—	—	1033	Niederscheld	507	653	—	914	1149	204	—	444	—	706	—	943	—		
560	—	—	—	1042	Adolfsbütte . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
564	—	—	—	1051	an Dillenburg . . . ab	500	646	—	907	1141	158	—	437	—	650	—	935	—		
568	—	—	—	1060	ab Dillenburg . . . an	456	640	748	853	1033	—	134	—	326	424	615	—	823	928	1108
572	—	—	—	1069	Frohnhausen (Dill)	444	628	736	841	1021	—	122	—	314	412	603	—	811	916	1056
576	—	—	—	1078	Wissenbach . . .	437	619	729	833	1014	—	115	—	305	405	596	—	804	909	1049
580	—	—	—	1087	Eitelshausen . . .	425	610	720	824	1005	—	106	—	296	396	547	—	756	861	1040
584	—	—	—	1096	Steinbrücken . . .	422	604	714	818	998	—	100	—	287	387	541	—	747	852	1034
588	—	—	—	1105	an Straßersbach ab	416	558	707	812	951	—	1253	—	243	344	535	—	742	847	1027

Straßersbach-Dillenburg-Nicolaustollen.

548	—	—	—	1015	ab Nicolaustollen an	527	712	—	933	1211	222	—	505	—	724	—	1001	—		
552	—	—	—	1024	Oberscheld (Drt)	518	703	—	924	1202	213	—	456	—	716	—	952	—		
556	—	—	—	1033	Niederscheld	507	653	—	914	1149	204	—	444	—	706	—	943	—		
560	—	—	—	1042	Adolfsbütte . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
564	—	—	—	1051	an Dillenburg . . . ab	500	646	—	907	1141	158	—	437	—	650	—	935	—		
568	—	—	—	1060	ab Dillenburg . . . an	456	640	748	853	1033	—	134	—	326	424	615	—	823	928	1108
572	—	—	—	1069	Frohnhausen (Dill)	444	628	736	841	1021	—	122	—	314	412	603	—	811	916	1056
576	—	—	—	1078	Wissenbach . . .	437	619	729	833	1014	—	115	—	305	405	596	—	804	909	1049
580	—	—	—	1087	Eitelshausen . . .	425	610	720	824	1005	—	106	—	296	396	547	—	756	861	1040
584	—	—	—	1096	Steinbrücken . . .	422	604	714	818	998	—	100	—	287	387	541	—	747</		